

Rede zum HH-Entwurf 2024 CDU-Fraktion – Ralf Eisenhardt

Es gilt das gesprochene Wort – Freigabe nach der Rede im Rat der Stadt Kamen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Ratskolleginnen und Kollegen, Damen und Herren

Ich beginne mit einer Feststellung und einer für jeden ganz persönliche Frage.

Die Feststellung: „Es ist alles in Ordnung“, dazu am Schluss noch ein Satz...

Die Frage an alle hier im Ratssaal, **mDuH**:

Was tun Sie, wenn Sie in ihrer persönlichen Haushaltsführung merken, dass ihre Geldbörse permanent bereits leer ist - vor Monatsende!

Konkreter: Was tun Sie dann, wenn Sie dazu keine Hirschsalami mehr im Kühlschrank finden, kein überflüssiges Zeitschriftenabo oder alten Schmuck zum Versetzen finden. Leider erhöhen sich auch gerade die Lebensmittelpreise. Und sie finden keine andere Stelle an der Sie noch Einschränkungen in Kauf nehmen können bzw. wollen!

Aber Ihr Auto braucht noch neue Reifen, damit Sie sicher zur Arbeit kommen und leider gibt auch gerade der Hirschsalamibefreite Kühlschrank seinen Geist auf.

Heute, **mDuH** geht es darum. Jedenfalls aus Sicht der CDU Fraktion.

Der diesjährige Planentwurf und die Prognose der Folgejahre zeigt genau dieses Dilemma auf.

Ich beginne mal zunächst mit den Reifen und dem neuen Kühlschrank. Also mit den Investitionen in den Produkten.

Die CDU-Fraktion trägt diese Investitionen alle mit. Sie sind richtig, **mDuH**.

- Es ist richtig in die Feuerwehr zu investieren, sie muss gut ausgestattet bleiben
- Es ist richtig in die Schulen zu investieren, in Fenster, EDV usw...

- Es ist richtig, dass wir mit dem Umbau des Gymnasiums jetzt endlich beginnen
- Straßen- und Brückensanierungen sind notwendig und richtig
- Die Sanierung des Parkhauses am Bahnhof ist wirklich ärgerlich, aber dennoch muss das gemacht werden.
- Das alles ist richtig und ich könnte noch viel mehr aufzählen.

Aus Sicht der CDU schieben wir ohnehin einige Investitionen vor uns her. Also unterstützen wir die Planungen. Sie lösen Kredite von immerhin 24,6 Millionen EURO aus. Es stehen jedoch auch Werte dahinter. Wie der neue Kühlschrank und die Reifen

Ich komme zur Salami und zum Zeitschriftenabo. Also zu den konsumtiven Ausgaben.

Kurz gefasst: Die CDU erkennt im Haushalt für 2024 keinen Luxus.

Natürlich könnten wir noch freiwillige Ausgaben beeinflussen. Sie merken: Konjunktiv. Aber wer will das denn ernsthaft tun.

- Eine Stadtbücherei ist kein Luxus, auch wenn sie eine freiwillige Ausgabe ist
- Das Museum ist ohnehin sehr schmal aufgestellt und auch kein Luxus. Das Archiv ist Pflichtaufgabe, also braucht es ohnehin ein Haus der Stadtgeschichte.
- Die Partnerschaften kosten 0,07% der ordentlichen Aufwendungen für 2024, die Seniorenarbeit 0,11%, die Sportförderung der Vereine 0,21%. Alles freiwillig, aber kein Luxus. Wollten wir ernsthaft solche Einsparungen?
- Wer kann gegen die Bereitstellung von Sportanlagen oder die Wirtschaftsförderung sein? Wohl niemand.

Unsere Stadt Kamen muss weiter funktionieren. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft. Wir stehen in der Verantwortung möglichst allen eine Teilhabe nach ihren Möglichkeiten ermöglichen, **mDuH**.

Auf manches haben wir gar keinen Einfluss. Wie auf die Lebensmittelpreise. Das sind die viel dickeren Haushaltsbrocken.

- Wir beeinflussen nicht die Gehaltsentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, was gut ist. Stichwort Tarifautonomie. (Gruß an Frau Löbbe und Herrn Frank).
- Wir haben keinen Einfluss auf Energiepreis- oder Zinsentwicklungen.
- Auch nicht auf zusätzliche Anforderungen an den Feuerschutz, Baustandarts und vieles andere

Wirklich ärgerlich ist, dass wir die Kreis- und LWL-Umlage nicht beeinflussen können.

Wir können gegen die Anhebung der Kreisumlage um 3,9 Mio EUR nichts direkt tun, allenfalls über unsere Vertreterinnen im Kreistag.

Wir sind ja alle hier unzufrieden mit dieser Anhebung. Das hat die Zustimmung zur Benehmensherstellung zum Kreishaushalt deutlich gemacht.

Und das Konstrukt des LWL gehört auch auf den Prüfstand. Die Kreisumlage steigt auch deshalb, weil die Verbandsumlage steigt. Da haben wir aber auch heute keinen Einfluss darauf.

Ich komme jetzt wieder zum vorliegenden Haushalt und zur Eingangsfrage, was auch die Gretchenfrage in dieser Haushaltsdebatte ist.

Was machen wir, wenn wir in der Finanzplanung sehen, dass am Ende des Geldes, im Kalender das Jahr noch Tage, Wochen, Monate hat? Die Perspektive sagt, dass wir ab 2025 keinen Haushaltsausgleich mehr hinbekommen.

Zur Ertragsverbesserung, der alte Familienschmuck. Kurzfristig was zu verkaufen! Haben Sie den im Haushalt gefunden? Den Schmuck? Wir in der CDU-Fraktion nicht, **mDuH**.

Tatsache ist: Wir schreiben eine Unterdeckung bis 2027 von ca. 7,5 Millionen EUR.

Was schlägt uns der Kämmerer bzw. die Verwaltung vor.

Punkt 1: Wir bekommen keinen konkreten Vorschlag, außer

Punkt 2: Wir entnehmen dem Eigenbetrieb Abwasser 5,7 Millionen EUR, um einem Haushaltssicherungskonzept zu umgehen.

Punkt 2. kann die CDU nachvollziehen. Für die Höhe der Unterdeckungen gibt es faktisch keine Einsparmöglichkeiten mehr. Oder wir proben den zivilen Ungehorsam und kommen unseren gesetzlichen Pflichten nicht mehr nach.

Vielleicht müssten wir uns in einem Ausschuss mal mit rechtsphilosophischen Fragen und Ghandi beschäftigen.

Nein: Der Haushalt ist strukturell unterfinanziert. Das heißt die laufenden Aufgaben kosten mehr, als wir im Jahr einnehmen. Die Aufwands- und Ertragswaage ist nicht mehr ins Gleichgewicht zu bringen. Das wissen wir mittlerweile alle **mDuH**.

Das haben nicht die Kommunen, das hat nicht dieser Rat zu verantworten. Es liegt an Aufgabenzuweisungen aus den Gesetzgebungen des Bundes und des Landes, die nicht oder nicht vollständig gegenfinanziert sind. Es liegt an den Lebensmittelpreisen aus meiner Eingangsschilderung.

Zusätzlich sehen wir in der Entwicklung der Kassenkredite eine geplante Neuverschuldung von 13,1 Mio EUR bis 2027 in der Finanzplanung. Unterstellt wir finanzieren die zu 3,5 % sind das zusätzlich nochmal knapp 460.000 EUR jährliche Zinsen.

Also was tun, **mDuH**?

Es ist wirklich mutig von der SPD, ich ziehe meinen Hut, dass sie die Frage nach der Anhebung der Grundsteuer B öffentlich aufwirft.

Natürlich hat sich die CDU genauso mit der Frage einer Grundsteuererhöhung beschäftigt. Also spreche ich es ebenso an.

Wir haben, mit der SPD, der Verwaltung sogar nach unseren Beratungen signalisiert, dass wir eine Anhebung sehen.

Die kommt, jetzt oder später. Aber sie ist sicher, wie das Amen in der Kirche.

Und die CDU sagt dazu: Besser sofort, als erst später. Weil damit Schulden für Kassenkredite zumindest zum Teil vermieden werden.

Nur das „Wie“, also die Frage nach der Methode der Einbringung ist schwierig.

Und da wende ich mich an Sie, Frau Bürgermeisterin. Die CDU-Fraktion trägt eine Erhöhung mit, wenn die Verwaltung auf Augenhöhe dies ebenfalls mitträgt. Was heißt das genau?

Es genügt der CDU-Fraktion nicht, wenn Sie persönlich als Mitglied des Rates einer Initiative von Fraktionen hier zustimmen, die eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B vorsieht.

Das ist keine gemeinsame Übernahme der Verantwortung für eine so unattraktive Maßnahme.

Die CDU stimmt einer Erhöhung des Hebesatzes deshalb nur zu, wenn die Verwaltung den Vorschlag auf den Tisch legt. Das kann auch heute noch geschehen.

Das können Sie, Frau Bürgermeisterin, hier eintragen. Sie können wohl von einer Mehrheit des Rates dazu die Zustimmung bekommen.

Ich sage was das konkret bedeutet, besonders auch für die anderen Fraktionen:

Bei einer Erhöhung um 250 Punkte des Hebesatzes der Grundsteuer B finanzieren wir die Haushalte bis 2027 ohne Unterdeckungen.

Das wäre die richtige Höhe, darunter geht es nicht. Selbst dann ist keine nennenswerte Rücklage in 2027 mehr vorhanden.

Was heißt das für die Bürgerinnen und Bürger: Für eine Musterfamilie bedeutet das mehr Belastung in den Grundbesitzabgaben von jährlich rund 175 EUR.

Wir haben die Gebühren gerade beschlossen.

Da wir Grundbesitzabgaben und Gebühren immer zusammen betrachten sind es für die Musterfamilie pro Monat eine Erhöhung um 21,50 EUR.

Ist das leistbar, **mDuH**?

Wir haben seit 2018 keine Mehreinnahmen aus der Grundsteuer B. Die Einkommen sind seitdem im Schnitt jedoch um ca. 15% gestiegen. Eine Mehrbelastung von 21,50 EUR für die Musterfamilie halten wir für vielleicht schwierig, jedoch möglich.

Vergleiche hinken, aber sie helfen auch einzuordnen. In Kamen zahlte die Musterfamilie dann 1.806,- EUR im Jahr. In Bergkamen beträgt die Jahresbelastung über 2000,- EUR, laut einer Presseveröffentlichung vom Montag.

Die CDU-Fraktion folgt dem Grundsatz: Was ausgegeben werden muss, muss auch vorher eingenommen sein. Das ist unsere politische Vorstellung von generationengerechter Finanzwirtschaft.

Herr Heidler hat gerade vorgetragen eine Grundsteueränderung evtl. im Februar/März zu anzugehen, ist eine interessante Variante.

Was steckt dahinter **mDuH**?

Die Haushaltsgrundlagen, sprich das 3.NKF-Weiterentwicklungsgesetz soll erst im Februar verabschiedet werden. Und da will man mal gucken, was dem Land und auch de Bund zur Rettung der NRW-Kommunen so eingefallen ist.

Jetzt frage ich mal im Ernst, was erwarten wir denn? Was erwartet denn die SPD? Und was die Verwaltung, Frau Bürgermeisterin?

Dass wir nochmal richtig Geld in die Kasse bekommen? Woher soll es denn kommen? Sind unter dem Bundestag oder Landtag gerade Schatzgrabungen zu beobachtungen?

Ich wage mal einen Blick in die Glaskugel. Sage aber gleich, ich habe keinen näheren Einblicke als Sie alle. Das muss ich hier in Kamen betonen.

Es wird Regelungen geben, die eine Haushaltsführung rechtlich so absichern, dass nicht alle Kommunen in die Haushaltssicherung gehen müssen.

- Vielleicht werden negative Rechnungsergebnisse anders verbuchbar
- Vielleicht wird die kommunale Abschreibungstabelle anders definiert

- Vielleicht, und damit rechnen eigentlich alle, wird die Auslösung der Haushaltssicherungspflicht durch die mittelfristige Finanzplanung, nicht mehr Pflicht.

Aber eines ist, glaube ich uns allen klar: Füllhörner und Schätze sind nicht zu verteilen.

Doch auch für eine Diskussion im Februar/März, wie die SPD vorschlägt, ist die CDU-Fraktion bereit.

Aber auch da ist das „Wie“ - die Frage nach der Methode der Einbringung schwierig.

Jetzt wende ich mich wieder an Sie, Frau Bürgermeisterin. Wenn Sie das auch mit uns, der CDU-Fraktion diskutieren möchten, gibt es für uns nur einen Weg.

Nämlich, die Abstimmung über den Haushalt heute nicht vorzunehmen, sondern nach Februar/März 2024 zu verschieben.

Und ich lasse ganz offen, ob wir als CDU-Fraktion dann auch einer Anhebung des Hebesatzes zustimmen würden.

Warum?

Wenn wir diesen Planentwurf jetzt beschließen, muss der Haushalt auch verbindlich sein.

Was wäre das für eine undurchsichtige Sache für die Bürgerinnen und Bürger? Für Eigenheimbesitzer, Mieter und Vermieter?

Da senden wir Steuerbescheide und ändern die dann zwei/drei Monate später um? Das wollen wir nicht.

Ganz gleichgültig, ob der Einzug erst zur Mitte des Jahres erfolgt.

Das macht die CDU nicht. Das ist nicht unsere Politik.

Und wir stimmen ziemlich sicher auch nicht für eine Steuererhöhung Ende 2024 für 2025. Die Kommunen sind aufgerufen, die Grundsteuerreform

aufkommensneutral zu regeln. Das heißt, der Hebesatz ist so zu wählen, dass die geldliche Auswirkung auf die Stadt dieselbe bleibt wie zuvor. Dazu stehen wir, dazu steht die CDU.

Die CDU stimmt heute dem Haushalt zu, auch mit der derzeitigen Finanzplanung, aber wir machen keine nachträglichen Steuererhöhungen mit, wenn wir heute etwas anderes abstimmen.

Ich betone nochmal: Wir müssen heute den Haushalt nicht beschließen.

Ich komme zum Schluss: Steuererhöhungen will niemand. In der Zeitung stand zum Haushalt: Kommunalpolitiker scheuen ein Haushaltssicherungskonzept wie der Teufel das Weihwasser. Das stimmt nicht. Jedenfalls hat mich dazu niemand befragt.

Woran wir alle mit langen Fingern gehen, sind Steuererhöhungen.

Und trotzdem habe ich Eingangs festgestellt: „Es ist alles in Ordnung“.

Gestern hatte ich ein Gespräch mit einem Freund aus Eilat. Einige hier waren anwesend.

Er sagte um 13.00 Uhr war Alarm. Eine Rakete aus dem Jemen. Sie wurde abgeschossen. Und dann sagte er: Wir haben hier 22 Grad, ich trage ein T-Shirt mit kurzen Armen.

Ralf, hier ist alles in Ordnung. Bleiben wir also optimistisch.